

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmenpreis mit der tägl. Unterhaltungshefte Leben, Wissen, Kraft  
und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Einzeljahr 100 Pf.  
Durch den Post begeben vierzehntägl. Nr. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Ostreich-Ungarn R. 5.— Erhältlich tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insolventen werden die behandelten Zeitungen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Auflade müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 76.

Dresden, Freitag den 4. April 1913.

24. Jahrg.

Der Streit der Landschaftsgärtner in Dresden  
wurde mit vollem Erfolg beendet.

Der sachsen-lörringische Landtag hat den Grabenfonds  
nieder abgelehnt.

Die Bevölkerung des in Lüneville niedergegangenen deutschen  
Kastellzuges Z IV wird einem gründlichen Verhör unterzogen  
werden.

Die englische Suffragettenführerin Frau Banks ist zu  
zwei Jahren Haft verurteilt worden.

Wiener Blätter behaupten, daß ein russisches Schiff in  
australiischer Kriegsmaterial für die serbische und montenegrinische  
Armee auslaufe.

## Agrarler und Landarbeiter.

Die Fortschritte des „sozialdemokratischen“, das heißt  
des auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden  
„Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter und  
Arbeiterschaften Deutschlands“ haben den Agrarier bereits  
einen helllosen Schrecken eingejagt. Gegen die Landflucht  
können sie Erfolg schaffen durch den Import billiger und  
billigerer Landarbeiter aus dem Osten Europas, der noch den  
Vorteil mit sich bringt, daß die Arbeitskräfte im Herbst,  
noch getarnt Arbeit, in bequemer Weise abgeschoben werden  
können, im Winter nicht durchgeführt zu werden brauchen.  
Um aber sehen die Agrarier die Gefahr herauszulehnen, daß  
nicht nur die einheimischen, sondern auch die ausländischen  
Arbeitskräfte sich auf ihre Menschenwürde besinnen, daß sie  
sich der großen, freien Arbeiterbewegung anschließen, um sich  
seiner Lebensbedingungen zu entkämpfen. Der Boden be-  
gibt sich zu wandern unter den Füßen der Agrarier, und die  
Bönderds schreien wieder einmal Wlorde! Dass aber mit  
Schreien, Schimpfen und Toben den Organisationen der Ar-  
beiter nicht beizukommen ist, und daß auch die brutalsten  
Wachmittel die Entwicklung der Gewerkschaften nicht auf-  
zuhalten vermögen, das sehen auch die höchsteissten Ostelber-  
schaftlich ein. Und deshalb wollen sie etwas großes für die  
Landarbeiter unternehmen — sie wollen selbst die Land-  
arbeiter organisieren!

Das preußische Landeskonomie-Kollegium hat seinen  
Dezernenten, Dr. W. Asmis, beauftragt, die Frage zu unter-  
suchen und Vorschläge zu machen, wie den Landarbeitern  
„ein besserer Anschluß in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht  
gedoten“ werden könne. Das Ergebnis dieser Arbeit ist nun  
als Heft 11 der „Veröffentlichungen des Königlich Preußischen  
Landeskonomie-Kollegiums“ erschienen und verhindert, daß  
den Landarbeitern großes Heil überfahren soll!

Der Landarbeiter-Verband hatte Ende des Jahres 1909  
rund 4000, 1910 rund 10 000 und 1911 rund 16 000 Mitglieder  
in 530 Ortsgruppen. Dr. Asmis „erinnert“ auch die Gut-  
herren daran, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag  
zu Jena im Jahre 1911 beschlossen worden sei, eine plan-  
mäßige Landagitierung auf verhandlungsfähiger Grundlage  
einzurichten, vergestalt, daß die Parteigenossen angehalten  
werden, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Ver-  
wandten den Bezirksführern oder deren Vertretern mitzu-  
leiten, um so zunächst Sitzpunkte für die dritte Agitation  
auf dem Lande zu gewinnen. Die Gesindeordnung könne die  
Organisation der Landarbeiter auch nicht behindern, und die  
Landwirtschaft dürfe deshalb nicht im Vertrauen auf  
dieses Gesetz die Hände in den Schoß legen, sondern sie habe  
die Ursache, dem neuerdings mit ganz besonderer Heftigkeit  
einschreiten Ansturm zur Organisierung der Landarbeiter die  
allergischste Aufmerksamkeit zu schenken. Aber was tun?

Das ist nun die große Frage für die angestrahlten  
Agrarier. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit zum Zusammenschluß  
der Landarbeiter unter sich kann der Herr Dezernent  
natürlich nicht anerkennen. Ja den Landarbeitern selbst sei  
diese Gedanke auch ganz gewiß nicht entstanden, er sei vielmehr  
von außen hineingetragen worden. Nun kommt das  
große „Aber“: „Aber nachdem nun einmal die Agitation  
an allen Ecken und Enden unter den Landarbeitern mit großer  
Heftigkeit eingesezt hat, kommt man mit dem bloßen Verboten  
der Interessengemeinschaft zwischen Arbeitern und Besitzern  
und der Vereinigung der Notwendigkeit der eigenen Arbeiter-  
organisation nicht mehr aus. Denn schließlich ist die Gefahr,  
daß die mit großen Mitteln geführte Propaganda immer mehr  
Arbeiter in die Irre führt und daß vor allem auch die Gege-  
gnungnahmen der landwirtschaftsfreundlichen Elemente sich zer-  
stören oder gar selbst auf falsche Weise geraten könnten (1),  
doch zu groß.“ Deshalb — nicht etwa um den Landarbeitern  
zu helfen — werde es also notwendig sein, auch  
positive Maßnahmen zu ergreifen.

Machen wir ruhig nur der Dezernent im Königlich Preußischen  
Landeskonomie-Kollegium den agrarischen Heimweh zu. Und  
die Sache ist sehr einfach. Mit den Organisationen der aus-  
ländischen Arbeiter werde man sehr schnell fertig werden, da  
man wissen dürfe, daß die preußische Staatsregierung jeden  
Verlust „zu einer Belästigung dieser sozialdemokratischen  
Verbündeten“ — Wohnbewegungen der Gewerkschaften — von  
seiner Regierung ausdrücklich verbietet.

bornherein die äußerste Energie entgegensehen und ihre Macht  
mit voller Umfang zur Anwendung bringen würde“. Für die deutschen Landarbeiter bestehen aber bereits die  
Organisationen, die alles bieten, was der Landarbeiter  
braucht: 1. die Kriegervereine, 2. der Bund der  
Landwirte, 3. die konservative Partei!

Nicht in einem Blattplatte, sondern in einer „wissen-  
schaftlichen“ Abhandlung, die das Königlich Preußische  
Landeskonomie-Kollegium herausgibt, wird allen Ernstes  
dieser Weg vorgeschlagen, um den Landarbeiter einen besseren  
Anschluß in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu bieten.  
Der Anschlußverbund der deutschen Landesverbande, der am 1. Oktober 1911 26 Landesverbände mit 30 648 Ver-  
einen und 2 700 780 Mitgliedern umfaßt, trifft in der Pflege  
des vaterländischen und fröhlerischen Geistes in unserem Volle  
besonders an die Traditionen und das Leben unseres Land-  
heeres an, weshalb er für die meisten Kreise unserer Land-  
wirtschaft, der nun einmal durch die diesjährige, innige, per-  
sonliche Verbindung das Landheer besonders nahestehet, eine  
sehr geeignete Grundlage für ein Zusammenarbeiten aller  
Kreise bieten“ dürfte.

Dann kann ja den ländlichen Landarbeitern durchaus  
nichts mehr fehlen, zumal auch der Verein „eine vorzüglich  
redigierte Monatsschrift Die Wehr herausgibt, die auch als  
Zeitung für die Landarbeiter durchaus in Frage kommt“, so  
dab für die geistige Kost vollständig gesorgt ist. Was sonst  
noch fehlen könnte — das besorgt der Bund der Landwirte,  
der „schon die Vorarbeiten für eine neue große Aufgabe weit  
gefordert“ hat; die Gründung einer Ausbildungs- und Spar-  
fasse für landwirtschaftliche Arbeiter. Die Errichtung des  
guten Werkes aber müsse von der konservativen Partei  
kommen: durch Aufnahme eines eingehenden Landarbeiter-  
programms in ihr allgemeines Parteiprogramm. Dies würde  
den praktischen Vorteil bieten, daß die Arbeiter deutlich er-  
kennen können, in welcher Richtung ihre Interessen von den  
vertretenden Parteien vertreten werden, und daß sie dann  
um so größeres Vertrauen trost eigener Überzeugung in die  
Parteiorganisation fügen.“

Das glauben wir auch! Eben deshalb kommt ja nun  
auch die Landarbeiter zur Sozialdemokratie, nimmt der Land-  
arbeiterverband fortgesetzt an Mitgliedern zu, um die Autori-  
tät des Königlich-agrarischen Dezernenten, der glaubt, die  
Landarbeiter damit aufzuleben stellen zu können, daß er ihnen  
gestatten will, im Kriegerverein Hurra! zu rufen, wenn ihnen  
der Magen knurrt, werden wohl auch unter den Agrarier  
wenig Vertrauen finden. Über daß das Königlich Preußische  
Landeskonomie-Kollegium mit einem „wissenschaftlichen  
Entwurf“ solche Vorschläge zu machen wagt, zeigt die Nat. und  
Familienpolitik in den agrarischen Kreisen über die Zunahme der  
wirtschaftlichen und sozialdemokratischen Ausklärung unter  
den Landarbeitern sehr deutlich. Und daß ist ein gutes Zeichen  
— für die Organisation der Landarbeiter!

## Notlandung eines deutschen Militär- luftschiffes in Frankreich.

Vor drei Tagen brachte ein französisches Provinzblatt  
die Aprilnotiz, daß ein großes Zeppelinluftschiff in Frankreich  
gelandet sei. Der Kriegsberg ist sehr schnell zur komischen  
Weltlichkeit geworden: Gestern mittag sahen die Einwohner  
von Lunéville zu ihrem Erstaunen in der nebligen Luft  
über der Stadt ein großes gelbtaubenes Luftschiff, das aus  
der Richtung von Nancy zu kommen schien. Es war ein  
großes leistungsfähiges Luftschiff, lag in großer Höhe, verschwand  
dann wieder, kam um 1 Uhr 20 Minuten zurück und umkreiste  
immer wieder die Kirche Saint-Jacques. Schließlich landete das  
Luftschiff auf dem Maraisfeld, wo Jäger zu Pferde eger-  
zierten. Die Offiziere ließen sofort eine Absperrungslinie um  
das Luftschiff bilden, das leicht und unverletzt landete. Es war  
ein Zeppelin-Luftschiff

neuen Modells. Die Dolmetscher fragten die Offiziere,  
einen preußischen Hauptmann und einen preußischen Leutnant,  
zwei Württembergische Beamte und sechs andere Passagiere.

Die Offiziere erklärten, sie hätten im Orotheragut  
Waben landen sollen, wären aber infolge starken Ortwindes  
abgetrieben worden. Sie hätten mehrere Tage passiert; als  
sie schließlich über dem Dorf Marmonbilliers gelandet waren  
und Reiter zu sehen hatten, hätten sie geglaubt, in der Gegend  
von Saarburg zu sein und wären gelandet. Letzteres wäre  
eine ungünstige Stellung gewesen. Das Luftschiff wäre auf  
einer seiner drei Probefahrten gewesen; die an der Bord befindlichen  
Offiziere hätten die Aufgabe, die Probefahrt abzu-  
nehmen.

Das Luftschiff wurde durch Beweise der Fliegende  
bezeugungslos gemacht und an einem Pfeilpfahl ver-  
ankert. Die Stadtkommandanten sind zur Stelle, der  
Gouverneur leitet die Untersuchung.

So lautet der Bericht aus Lunéville und es liegt kein  
Anlaß vor, an den Aussagen der Offiziere zu zweifeln. Besser  
wäre es allerdings gewesen, wenn auf die Möglichkeit ab-  
geklickt zu werden, vor Amtseintritt der Führer Luftschiff genommen  
und ein Liebesbrief an den Prinz bezeichnet worden wäre.

Es ist selbstverständlich, daß die Notlandung des militärisch  
bemannten Zeppelins auf französischem Boden den Chauvinisten  
durch ganz überflüssigerweise Wasser auf die Nächte liefert.  
Gleichzeitig scheint man ja an maßgebender Stelle  
in Frankreich die Sache nicht tragisch nehmen zu wollen.  
Denn wie ferner mitgeteilt wird, ist man in Paris weit davon  
entfernt, der Landung des deutschen Luftschiffes auf dem  
Übungsort Lüneville irgendwelche tiefer Bedeutung beizumessen. Man erklärt, es handle sich um einen  
Vorfall, der lediglich vom Gesichtspunkt der Luftschiffahrt aus  
Interesse haben könnte.

Über das Ereignis wird weiter gemeldet:

Lunéville, 8. April. Die Insassen des Zeppelinluftschiffes sind  
einer Durchsuchung unterworfen worden. Das Luftschiff ist  
beschädigt und teilweise der Gasfüllung entleert. Es  
wird die Weiterreise nicht vor der Ankunft neuer Gasvorräte an-  
streben können. Die Insassen wurden nach verschleierten Vermummungen  
in ihr Hotel gebracht. Der Maler und 60 Arbeiter halten während  
der Nacht die Wache bei dem Luftschiff.

Paris, 4. April. In der Angelegenheit der Landung des  
Zeppelinluftschiffes bei Lunéville ist, einer offiziellen Bekannt-  
machung folgend, eine Untersuchung einzulegen, die der  
Luftschiff lediglich infolge eines Irrtums über französisches Gebiet  
abgesetzt und auf französischem Boden niedergegangen sei, wird man  
ihnen die Rückfahrt gestatten; anderenfalls würde eine gerichtliche  
Untersuchung eingeleitet werden. Der Generalinspektor des Militärluft-  
schiffwesens, Hirschauer, ist in Begleitung seines Stabes gestern  
abend nach Lunéville abgereist.

Unter der Bewohnerung von Lunéville hat sich das Gericht ver-  
breitet, daß die deutschen Luftschiffer noch vor ihrer Landung Bo-  
piere und photographische Apparate über Bord geworfen hätten.  
Die Luftschiffer vertheidigen, daß sie zwar verschieden Gegen-  
stände, die die Stadtkommandanten entliegen hätten, da das Luft-  
schiff Gas verloren hätte, doch sie aber ihre Papiere einem beg-  
leitenden Offizier von Lunéville gegeben hätten.

## Die Darstellung des Führers.

Paris, 4. April. Referenhauptmann Gund, der Führer des  
Zeppelinluftschiffes, gab einem Berichterstatter folgende Darstellung:  
Wir steigen um 8 Uhr morgens in Friedrichshafen auf, um Höhen-  
fahrt zu unternehmen und in Baden-Baden zu landen. Wir er-  
reichten alsbald eine Höhe von 2000 Meter und überquerten den  
Schwarzwald, worauf Nebel einsetzt. Wie waren uns auch sofort  
darauf klar, daß der Ostwind uns stark von unserer Flughöhe  
ableiten würde. Wir flogen schon mehrere Stunden, und erst  
gegen 1 Uhr nachmittags, als wir uns in einer Höhe von 1000 Meter  
befanden, sahen wir, daß wir über französisches Gebiet flogen. Wir  
suchten ein für die Landung geeignetes Gelände, und da erledigten  
wir den Übungsort von Lunéville. Nachdem wir den Ort  
bestimmlichen Offizieren berichtet hatten, gingen wir den internationalem  
Vorschriften entsprechend nieder, aber auch um zu beweisen, daß wir nicht freiwillig nach Frankreich  
gekommen waren. Wir können uns über die Möglichkeit, mit der uns  
die Militär- und Stadtkommandanten behandelt haben, nur lobend aus-  
sprechen. Wir haben die Absicht, heute wieder abzureisen, sobald wir  
die 1000 Kubikmeter Wasserstoffgas erhalten haben, die uns mittels  
Automobil von Coburg zugeführt werden sollen.

## Die auswärtige Politik in der Budget- kommission.

Am Donnerstag nahm die Budgetkommission des Reichstages  
ihre Arbeit mit der Beratung des Gesetzes des Auswärtigen Amtes  
wieder auf. Vor Eintritt in die Tagessitzung wurde, wie bereits  
gemeldet, ein Schreiben des national-liberalen Abgeordneten Gem-  
mert verlesen, wonin er mitteilte, daß er in Zukunft keine  
kolonialen Aktionen mehr übernehmen werde, ins-  
folge der von sozialdemokratischer Seite gegen  
uns gerichteten Angriffe.

Abgeordneter Waffermann berührte als Referent eine  
Anzahl schwierige politische Fragen und verzog vor allem Zu-  
sammenfassung über die Situation auf dem Balkan.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Jagow,  
bemerkte in zum Teil vertraulichen Ausführungen eine  
Seite der Fragen, die mit dem Balkankrieg im Zusammenhang  
stehen. Gundolf machte er Mitteilungen über die Entstehung des  
Balkankrieges, der, urprünglich als eine Vereinigung sämtlicher  
Balkanstaaten, mit Einschluß der Türkei, gehabt, infolge der ab-  
lehnenden Haltung der Türkei als Vereinigung der nicht türkischen  
Balkanstaaten zu stande kam und mit den Spießen gegen die Türken  
eins im Juni 1912 endgültig abgeschlossen wurde. Der Staats-  
sekretär ging sodann auf die Frage ein, ob die deutsche und euro-  
päische Diplomatie durch den Ausbruch des Krieges übertragen  
wurde. Letzterlich habe in dem Ausbruch des Krieges die Balkanstaaten  
noch bis in die letzten Tage vor dem Ausbruch des Krieges die  
Stimmung gekannt und der Kriegsbeginn sei gegen die Stärke der  
anderen Verbündeten durch den französischen Kaiser besiegelt  
worden. Der Staatssekretär erörterte dann die verschiedenen  
diplomatischen Stile des Krieges, die Aufgabe der Statusquo-  
Formel, die durch die von allen Mächten angenommene Formel der  
Neutralisierung erweitert wurde, besonders auf die Entwicklung der  
albanischen Frage, bei der die deutsche Diplomatie sich ständig auf  
 Seiten unserer Verbündeten gehalten habe, unter Benutzung jeder  
Gelegenheit zu vermittelndem Eingreifen. Im ganzen Verlauf  
dieser Frage habe Deutschland kein zu Österreich-Ungarn gehöriger  
und ist auch sofort auf den Wunsch seines Verbündeten  
bereit gewesen, an der Flottenkonvention an der nächsten